Warum „Klimaschutz“ nichts bringt*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 2. August 2021

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Flutkatastrophe: Statt größenwahnsinnig „Erderwärmung“ verhindern zu wollen, sollte die Politik die beschränkten Ressourcen lieber dazu nutzen, das Land auf Unwetter besser vorzubereiten. Das Klima ist nicht signifikant menschenunfreundlicher geworden. Das Klima lässt sich nicht wesentlich vom Menschen beeinflussen.

==========

Dass die diesjährige Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz derart folgenschwer und opferreich ausfiel, lag nicht in erster Linie am Wetter oder am Klima, sondern – wie auch schon oft in der Vergangenheit – am menschlichen Machbarkeitswahn. So haben sich zunehmend mehr Menschen in Gebieten angesiedelt, die aufgrund von geographischen Besonderheiten sichtlich überflutungsgefährdet sind.

Das zeigt das Beispiel des Ahrtales. Dessen steile Hänge bestehen aus Schiefergestein, das fast komplett wasserundurchlässig ist. Deshalb gab es hier schon am 30. Mai 1601 und am 21. Juli 1804 sowie am 12./13. Juni 1910 verheerende Flutereignisse mit unzähligen Toten. Dennoch wuchsen die Ortschaften im Tal kontinuierlich weiter.
Menschlicher Machbarkeitswahn

Der Machbarkeitswahn zeigt sich auch darin, dass statt großzügig in die Katastrophenvorsorge und unmittelbar wirksame bauliche Maßnahmen gegen Hochwasser zu investieren, die knappen Ressourcen immer stärker für den „Klimaschutz“ eingesetzt wurden. Sollte es den Klimawandel tatsächlich geben, wäre der Mensch besser beraten, sich darauf zu konzentrieren, dessen Folgen abzumildern, anstatt Unsummen für den größenwahnsinnigen Versuch zu verschwenden, die Temperatur der Erdatmosphäre nach unten zu korrigieren. Denn deren Steigen oder Sinken resultiert aus vielen nicht zu beeinflussenden Faktoren wie beispielsweise der Sonnenaktivität und keineswegs nur aus der menschlichen Kohlendioxidproduktion.

Aber genau die soll nun die „Erderwärmung“ und damit auch die diesjährige Flutkatastrophe verursacht haben. Und deswegen müsse man den Kampf gegen den Klimawandel intensivieren und den Kohlendioxidausstoß noch drastischer reduzieren, so die nahezu einhellige Botschaft der Politik und der staatsnahen Medien. Das entsprechende Narrativ lautet folgendermaßen: Mehr Wärme führe dazu, dass mehr Wasser verdunste und in die Atmosphäre gelange. Dieses Wasser komme dann wieder herunter. Parallel erwärme sich die Arktis und deswegen schwinde die Temperaturdifferenz zwischen Nordpol und Äquator. Das habe eine

Abschwächung des Jetstreams zur Folge, also der Höhenströmung, welche die Hoch- und Tiefdruckgebiete normalerweise recht zügig von West nach Ost verschiebe. Daher könne dann mehr Regen an ein und derselben Stelle fallen.

Deutscher Wetterdienst

Doch so einfach, wie dies klingt, ist es nicht. Deshalb konstatierte der Diplom-Meteorologe Andreas Friedrich vom Deutschen Wetterdienst schon kurz nach der Katastrophe: ***„Ein solches regionales Unwetter ist ein Einzelereignis, das ist Wetter. Die Behauptung, der Klimawandel ist schuld, ist so nicht haltbar.“*** Und tatsächlich gibt es einige gewichtige Argumente dafür, dass das, was nun in den beiden Bindestrichstaaten passierte, eine der ewigen Launen der Natur darstellte und durch keine noch so ambitionierte Klimaschutzmaßnahme zu verhindern gewesen wäre. Zum Ersten sind stationäre Tiefdruckgebiete über Mitteleuropa ein uraltes Phänomen, das seine Ursache in den Temperaturdifferenzen zwischen dem kühlen Meer und der wärmeren Festlandfläche hat. Stärke und Richtung des Jetstreams spielen hierbei nur eine sehr untergeordnete Rolle.

European Geosciences Union

Zum Zweiten zeigen die Statistiken keine sichtbare Zunahme von Hochwassern entlang der mitteleuropäischen Flüsse seit dem Jahre 1500. Und die schlimmsten Überflutungen fanden hierzulande bereits in vorindustrieller Zeit statt, nämlich 1342 und 1501. Dazu passt das Resümee von Wissenschaftlern der European Geosciences Union nach einer Untersuchung sämtlicher Flutereignisse ab 1970: Es gibt ***„keine nachweisbaren Anzeichen eines vom Menschen verursachten Klimawandels bei … Hochwasserschäden in Europa.“*** University of New South Wales

Zum Dritten vermeldete der Deutsche Wetterdienst angesichts der aktuellen Flutkatastrophe im Widerspruch zu den Aussagen der öffentlich-rechtlichen Medien und Politiker: *„Seit 1951 hat sich die Anzahl der Tage pro Jahr mit Starkniederschlag von mehr als 30 mm in Deutschland geringfügig und* ***nicht signifikant erhöht.“*** Der Leiter der Abteilung Klimaüberwachung beim DWD, Florian Impery, ergänzte: „Wir sehen in den Beobachtungsdaten für Mitteleuropa für den Herbst, Winter und das Frühjahr … eine Zunahme der Starkniederschlagsereignisse, für die Sommermonate aber nicht unbedingt. Da ist die Variabilität von Jahr zu Jahr bedeutend stärker als etwas, das man Trend oder Tendenz nennen kann. Wir tun uns deshalb schwer zu sagen, dass wir heute schon einen klaren Zusammenhang mit dem Klimawandel sehen.“ Das wird durch die im Mai 2021 veröffentlichte Analyse des Umweltbundesamtes bezüglich der Veränderungen der Niederschlagshöhen zwischen 1881 und 2020 bestätigt: Es gebe zwar einen „leichten Anstieg … in der Zeitreihe der jährlichen Niederschläge in Deutschland“, jedoch nicht in den warmen Sommermonaten. Ganz im Gegenteil: Während die Winterniederschläge etwas zugenommen hätten, seien „die Niederschläge im Sommer geringfügig zurückgegangen“.

UN-Weltklimarat

Und die Prognosen für die Zukunft fallen sehr viel besser aus, als es die Klima-Apokalyptiker, die ständig auf „wissenschaftliche Erkenntnisse“ verweisen, glauben machen wollen. So veröffentlichte ein Forscherteam um Maurice F. Huguenin von der australischen University of New South Wales im April vergangenen Jahres einen Artikel in der Fachzeitschrift „Geophysical Research Letters“ mit dem Titel *„Fehlende Veränderungen bei der projizierten Frequenz und Persistenz atmosphärischer Zirkulationstypen über Mitteleuropa“*, in dem es hieß, dass die Klimamodelle „wärmere und trockenere zukünftige Sommerbedingungen in Mitteleuropa … prognostizieren“. Noch deutlicher wurde der UN-Weltklimarat **(IPCC)**, dessen Berichte als „Goldstandard“ der Klimaforschung gelten und der eigentlich zu den Vorreitern des Klima-Alarmismus zählt, im Jahre 2019 in seiner Studie „Der Einfluss von 1,5 Grad globaler Erwärmung auf natürliche und menschliche Systeme“: Wenn die Temperatur derart steige, **werde es in Zukunft weniger Hochwasser in Westdeutschland geben.**

Bausünden – Was wirklich etwas bringen würde :
Weniger Flächen versiegeln. Flüsse weniger umleiten. Weniger Mais anbauen. Mehr Rückhaltemöglichkeiten bereithalten.

Der menschliche Machbarkeitswahn, der sich unter anderem darin äußert, Regionen zu besiedeln, in denen es regelmäßig Naturkatastrophen gibt, ist auch eine Folge dessen, dass die früheren Schadensereignisse verdrängt werden, sobald sie nur lange genug zurückliegen. Und wenn man sich doch erinnert, dann obsiegt der Glaube an die heute sehr viel größeren technischen Möglichkeiten zur Vorsorge. Doch statt von diesen tatsächlich Gebrauch zu machen, wird lieber Geld in den „Klimaschutz“ investiert.

Dazu kommen Bausünden, wie beispielsweise die zunehmende Versiegelung von Bodenflächen, sodass kein Wasser mehr versickern kann. Jeden Tag verschwindet in der Bundesrepublik Deutschland eine Fläche von 100 Hektar unter Asphalt oder Beton.

Zudem wurden lange Zeit viele der kleineren Flüsse kanalisiert und dabei in unnatürliche Richtungen gelenkt. Das erhöht die Gefahr, dass sie bei starker Wasserführung in ihr altes Bett zurückkehren. So wie die Weißeritz, die im August 2002 statt in einem aufgezwungenen Links-Knick zu fließen, den früheren geraden Weg wählte, der nun schnurstracks durch den Hauptbahnhof und das historische Stadtzentrum von Dresden führte. Der Drang, Wasserläufe nach Gutdünken umzuleiten, ist seit der industriellen Revolution und dem schnellen Wachstum der Städte besonders ausgeprägt. Dabei wurde und wird kaum einmal wirklich komplex gedacht. Deshalb finden sich in den Mittelgebirgsregionen, in denen die

Hochwasser letztlich meist entstehen, viel zu wenige Rückhaltemöglichkeiten. Oder die Staubecken liegen an der falschen Stelle, sprich nicht oberhalb, sondern unterhalb der zu schützenden Ortschaften. So geschehen beispielsweise im Falle von Remagen-Unkelbach, was die Fraktion der Freien Wähler im Kreistag Ahrweiler schon vor Jahren kritisierte.

Neben solchen Fehlern zeitigt der aus Sicht des Katastrophenschutzes grundsätzlich kontraproduktive ***„Kampf gegen den Klimawandel“*** fatale Folgen. Vielfach resultiert die Bodenversiegelung im Bereich von Wald- und Wiesenflächen aus dem Bau unzähliger Windkraftanlagen. Jede einzelne davon braucht ein massives Betonfundament von bis zu 20 Metern Durchmesser.
Ähnlich schädlich ist der großflächige Anbau von Mais zum Zwecke der Erzeugung von Biokraftstoffen oder Biogas. Die Mais-Plantagen haben überall Getreidefelder und Wiesen verdrängt, die ungleich größere Regenmengen aufnehmen können. Ansonsten sind aber auch Landwirtschaftsbetriebe, die keinen Mais produzieren, Bremser in puncto Hochwasserschutz. Sie verhindern die Wiederherstellung der ursprünglichen Flusslandschaften, weil sie das dafür benötigte Land nicht freigeben und stattdessen auf den Erhalt von Deichen und ähnlichem pochen. Dadurch fehlen Überschwemmungsflächen, was flussabwärts zu höheren Wasserständen führt.
All diese Probleme sind bekannt – und auch relativ einfach lösbar. Aber die Politik kapriziert sich lieber weiter auf das utopische Stoppen der „Erderwärmung“. *W.K.*

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 30. Juli 2021, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

==========